

ABGEORDNETEN-BRIEF

Volkmar Halbleib

für Mainfranken im Bayerischen Landtag

26. Ausgabe | April 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zeit seit der Jahreswende war für die Sozialdemokratie eine spannende und herausfordernde Zeit. Nach breiter Diskussion auf allen Ebenen haben die Mitglieder der SPD für einen Eintritt in eine Koalition mit CDU/CSU gestimmt. Aber nicht nur der Diskussionsprozess der SPD hat meine Arbeit als Abgeordneter geprägt. Über weitere Aktivitäten informiere ich mit diesem Brief.

Markus Söder wurde im März vom Bayerischen Landtag zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Sein Kabinett muss nun beweisen, ob es wirklichen Fortschritt bei den Themen Wohnungsbau, Stärkung der Infrastruktur im ländlichen Raum, Ausbau digitaler Netze sowie Sicherung des sozialen Zusammenhalts schafft.

Als Opposition im Bayerischen Landtag werden wir die Regierung Söder kritisch begleiten und der bayerischen Öffentlichkeit klare Politikalternativen aufzeigen. Wichtig ist uns dabei, eine Kultur des gegenseitigen Respekts zu wahren - für das Gegenüber wie für die Menschen in Bayern. Für diesen neuen politischen Stil werden wir uns auch im Bayerischen Landtag einsetzen. Wir wollen Menschen zusammenbringen und nicht auseinander treiben.

Beim Lesen meines Abgeordnetenbriefs wünsche ich Euch viel Spaß!

Mit besten Grüßen



Volkmar Halbleib



INHALTE:

- Tag der freien Schulen
- Besuch bei Steinigke
- Not der Frauenhäuser
- Thema Hausärztemangel
- Zeitmangel in KiTas
- 100 Jahre Freistaat
- Frauenempfang
- Mobilitätskongress
- Imkerempfang
- Mainschleifenbahn
- Landesparteitag
- Unterwegs in Prag
- Reise nach Polen

EINE SOZIALKUNDESTUNDE BEI DEN URSULINEN



Unterrichtsstunde an der St. Ursula-Schule - die Schülerinnen stellen mir ihre Fragen zur aktuellen politischen Entwicklung und zu meiner Tätigkeit als Abgeordneter.

„Abgeordnete unterrichten an freien Schulen in Bayern“ - unter diesem Motto besuchte ich Schülerinnen aus vier Klassen der St.-Ursula-Schule in Würzburg, um über den politischen Alltag zu berichten. Ausdrücklich ermunterte ich die Schülerinnen des Mädchengymnasiums, sich politisch zu engagieren. Denn Frauen sind in Parlamenten und in Parteien immer noch deutlich unterrepräsentiert. Außerdem erläuterte ich, dass Abgeordnete nicht nur mit Gesetzgebung befasst sind, sondern häufig Ansprechpartner bei Sorgen und Nöten von Bürgern. Dabei spielt es für die Hilfesuchenden oft keine Rolle, ob man dem Landtag oder dem Bundestag angehört und wer eigentlich für ihr Thema zuständig ist. Beim Thema „Lobbyismus“ riet ich zu einer differenzierten Sicht. Als Abgeord-

neter der SPD bin ich quasi natürliche Kontaktperson für Arbeitnehmerinteressen. Manchmal bin ich, gemeinsam mit den Kollegen aus anderen Fraktionen, „Lobbyist meiner Region“, um im Wettbewerb mit anderen bayerischen Regionen in München für Fördergelder zu werben, für den Ausbau der Universität Würzburg oder andere Infrastrukturmaßnahmen.

Für Transparenz

Problematisch wird es, wenn jemand versucht, mit Geld auf die Politik Einfluss zu nehmen. Für mich ein Grund, mich für Transparenz auszusprechen, etwa wenn es um Honorare für Vorträge von Abgeordneten geht.

BESUCH BEI DER FIRMA STEINIGKE

Vor allem einen Wunsch äußerte Ulli Steinigke, von der Firma Steinigke Waldbüttelbrunn, bei meinem Besuch anlässlich der Woche der Ausbildung: Die Politik sollte mittelständischen Betrieben flexible, individuell angepasste Lösungen bei Ausbildung und Arbeitszeiten innerhalb eines weitgefassten Rahmens ermöglichen.

Steinigke ist europaweit einer der größten Hersteller und Großhändler in der Veranstaltungstechnik für den semiprofessionellen Bereich. Mit zahlreichen Eigenmarken und Prototypen hat sich das Unternehmen auf Licht, Ton und Dekoration spezialisiert. Messebesuche und Kontakte zu chinesischen Geschäfts- und Kooperationspartnern gehören zum Arbeitsalltag. Deutschland im Firmenbüro auf der chinesi-

schen Weltkarte zu suchen, ist für jedermann ein unvergessliches Erlebnis mit Aha-Effekt!

Jungen Menschen fehlen heutzutage oftmals wichtige Qualifikationen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben, kritisiert der technische Leiter Klaus Schuster. Bereits das Verstehen einfacher Anleitungen falle vielen schwer. Für eine Einstellung wichtiger als Zeugnisse ist bei Steinigke aber der persönliche Kontakt. Auszubildende sind im Unternehmen oft von Aushilfsjobs bereits bekannt. Diese finden sie durch Firmenbesuche mit der Schule, die bei Steinigke an der Tagesordnung sind. Nicht selten wechseln Mitarbeiter nach Abschluss ihrer Ausbildung vom Technischen ins Kaufmännische und umgekehrt.



Stefan Büttner, Mitarbeiter in der Qualitätskontrolle, erklärt mir und Bürgermeister Klaus Schmidt seinen Aufgabenbereich.

SPATENSTICH FÜR DAS NEUE FEUERWEHR-HAUS IN FRICKENHAUSEN

Ende März war Spatenstich für das Feuerwehrhaus Frickenhausen. Mein Dank geht an die engagierten Feuerwehrleute vor Ort. Durch ihre Eigenleistung, die günstige Bauweise und den staatlichen Zuschuss von 258.000 Euro sinken laut Bürgermeister Reiner Laudenbach die Kosten für die Kommune von 1,2 Millionen Euro auf 700.000 Euro. Trotzdem bleibt der Neubau eine große Herausforderung - symbolisiert durch den großen Spaten. Angesichts solcher Tatkraft sicherte ich dem Markt gerne weitere Unterstützung für die nächste Herausforderung zu: einen finanzierbaren Hochwasserschutz.



Zusammen mit Bürgermeister Reiner Laudenbach beim Spatenstich für das neue Feuerwehrhaus in Frickenhausen.

UNTERHALTSAMER FAMILIENNACHMITTAG DER SPD ALBERTSHOFEN



Viel Spaß hatten Bezirkstagskandidatin Astrid Glos und ich beim Familiennachmittag der SPD Albertshofen, etwa mit dem Knoff-Hoff Rätsel von Herbert Kutschera. Nach Astrids Streifzug durch Themen im Bezirk informierte ich über Ziele und bereits Erreichtes der BayernSPD. Beide waren wir uns einig, wie wichtig Verbesserungen in der Pflege und bei der Betreuung von Senioren sind. Neben mir zeigt das Foto von links: Klaus Richter, die ehemalige Bürgermeisterin Heidi Reitmeier, den Vorsitzenden des Ortsvereins Gerhard Uhl und Astrid Glos.

DIE NOT DER FRAUENHÄUSER - EINE SCHANDE IM REICHEN BUNDESLAND BAYERN

Nur zehn Prozent aller Kosten für ein Frauenhaus übernimmt der Staat. „Das ist in einem so reichen Land wie Bayern einfach nur eine Schande“, redete Simone Strohmayr, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, bei unserem gemeinsamen Besuch im Frauenhaus der AWO in Würzburg Klartext. Es kommt noch schlimmer: Jede zweite Frau in Bayern, die im Frauenhaus Schutz sucht, muss abgewiesen werden!

Brita Richl, die Leiterin des AWO Hauses, verdeutliche uns, wie sich die Probleme für die rund 40 Frauenhäuser in Bayern derzeit potenzieren. Der ohnehin vorhandene Mangel an Plätzen für die von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder werde noch verstärkt durch den Mangel an Sozialwohnungen. In der Folge müssen die meisten Frauen mangels Alternativen deutlich länger

im Frauenhaus bleiben. Es fehlen Rückzugsräume für die oftmals schwer traumatisierten Frauen und ihre Kinder. Das Personal hat kaum Möglichkeiten, in Ruhe Einzelgespräche zu führen, Plätze für Mütter mit halbwüchsigen Söhnen gibt es gar nicht. Es fehlt Geld für Sanierungen und mangelt an der Finanzierung einer angemessenen personellen Ausstattung – auch für Prävention und Nachbetreuung. Die Grenze des Erträglichen ist erreicht, sagt Richl. Aber: Die Staatsregierung schiebt mit dem Hinweis auf die kommunale Daseinsvorsorge die ganze Last den Kommunen zu. Damit macht sie die Existenz der Frauenhäuser und damit den Schutz von Frauen und Kindern abhängig von der kommunalen Haushaltssituation – eine Schande im reichen Bundesland Bayern.



Frauenhaus-Leiterin Brita Richl brachte der frauenpolitischen Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion, Dr. Simone Strohmayr, und mir ihre Probleme und Anliegen nahe.

TOURISMUSDIALOG IN WEIBERSBRUNN



Zusammen mit Landtagskollegin Martina Fehlner und der Geschäftsführerin von Churfranken e.V., Brigitte Duffeck, beim Tourismusdialog in Weibersbrunn.

Unter dem Motto „Neue Herausforderungen im Tourismus: Digitalisierung und Mobilität“ stand der vierte Tourismusdialog der bayerischen SPD-Landtagsfraktion. Martina Fehlner, Aschaffener Landtagsabgeordnete und tourismuspolitische Sprecherin der Fraktion, diskutierte mit mir und Fachleuten in Weibersbrunn über neue Initiativen und Angebote im Tourismus sowie Wünsche und Forderungen an die Politik. Dass die Zusammenarbeit von Land und Kommunen wichtig ist, betonte ich. Dafür braucht es regionale Konzepte zur Förderung des Tourismus sowie neu zu schaffende Anreize für Kommunen. Touristische Attraktivität entsteht nicht von allein. Man muss sie immer im Zusammenhang mit der kommunalen Infrastruktur und der Regionalentwicklung betrachten. Nur Gemeinden, die neben der schönen Landschaft auch Bäckereien, Metzgereien, Gasthäuser oder auch Schwimmbäder haben, sind reizvolle Ziele.

KLIMASCHUTZKONFERENZ IN WÜRZBURG

Klimaschutz geht jeden an. Auch auf regionaler Ebene kann man viel tun, das bestätigte sich bei der zweiten Klimaschutzkonferenz in Würzburg. Wie wichtig das Thema für viele ist, zeigt die Tatsache, dass nicht weniger als 15 Gruppen aus Stadt und Landkreis der Klima-Allianz angehören und die Veranstaltung schnell voll war. Das Themenspektrum der Workshops reichte von Nahverkehrsplanung über Wasser in der Region und Speichertechnologien, bis hin zum klimagerechten Lebensstil oder der Flächenversiegelung. Dass auch in unseren Breitengraden Wasser zum begehrten Mangelgut werden und wie man hier gegensteuern kann, dazu referierte ich im Workshop zum Thema Wasser.



GESPRÄCH ZUM THEMA HAUSÄRTZEMANGEL

Zu einem Austausch über die Situation der hausärztlichen Versorgung in Bayern traf ich mich mit Dr. Dieter Geis, den Vorsitzenden des Bayerischen Hausärzterverbandes, und Dr. Christian Pfeiffer, den Bezirksvorsitzenden Unterfranken.

Angesichts beunruhigender Medienberichte zum Hausärztemangel wollte ich wissen, wie die Lage in Bayern und insbesondere in Unterfranken tatsächlich ist. Gleichen Inhalts war auch meine Anfrage an die Bayerische Staatsregierung. Dr. Geis und Dr. Pfeiffer konnten mir die optimistische Antwort der Staatsregierung nicht bestätigen, die keinen drohenden Notstand sieht. Sie verwiesen auf aktuelle Zahlen der Kas-

senärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), wonach das Durchschnittsalter der Hausärzte in Unterfranken bei 55,7 Jahren liegt. 38,7 Prozent der Hausärzte sind 60 Jahre und älter; die Nachwuchsfrage ist also drängend.

Mittelfristig sahen die Mediziner es als wichtige Nachwuchsförderung an, an jeder medizinischen Hochschule auch einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin zu haben. Ich sehe auch die Kommunen gefordert, etwa mit der Einrichtung kommunaler Hausarztzentren. Diese kommen dem Wunsch junger Ärztinnen und Ärzte nach Kooperation, vielfältigen Arbeitsformen und ausgeglichener Work-Life-Balance entgegen.



Im Gespräch mit Dr. Christian Pfeiffer (links) und Dr. Dieter Geis (rechts) wurde deutlich, dass bei der hausärztlichen Versorgung mehr getan werden muss.

ZU WENIG ZEIT FÜR ZU VIELE AUFGABEN IM KINDERGARTEN



Gemeinsam mit Astrid Glos besuchte ich den Kindergarten und las den Vorschulkindern etwas vor. Monika Maier (rechts) informierte uns über die Sorgen und Nöte der Fachkräfte in der Kinderbetreuung.

Wie sich die Aufgaben und die Anforderungen an das pädagogische Personal in den letzten Jahren immer weiter vermehrten – die notwendigen Ressourcen an Personal und Zeit allerdings kaum: das vermittelte Kindergartenleiterin Monika Maier mir und Astrid Glos, Kreisrätin und Bezirkstagskandidatin, bei der vierstündigen Hospitation im Haus für Kinder in Kitzingen eindrucksvoll.

Die drängendsten Probleme hat Maier, auf meine Einladung hin direkt nach München getragen. Beim Erzieherinnen-Empfang der SPD Landtagsfraktion

suchte sie Unterstützung für dringend notwendige Änderungen und Verbesserungen. Im Einzelnen sprach sie die Überlastung des Kinderbetreuungs-personals ebenso an wie die zu geringe Bezahlung, das ständig steigende Aufgabenspektrum und den daraus resultierenden Mangel an Menschen, die überhaupt bereit sind, in der Kinderbetreuung zu arbeiten. Weil unsere Kinder das Wertvollste sind, was wir haben, hat die Qualität der frühkindlichen Betreuung einen sehr hohen Stellenwert. Grund genug für mich, bei diesen Themen am Ball zu bleiben.

TREND AM ARBEITSMARKT: SCHULE STATT AUSBILDUNG

Mit den Leitern der Arbeitsagenturen Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg trafen sich die Landtagskollegen Kathi Petersen (Schweinfurt) und Georg Rosenthal (Würzburg), der Bundestagsabgeordnete Bernd Rützel (Gemünden) und ich. In Würzburg tauschten wir uns über Arbeitsmarkt und Beschäftigung aus.

Der unterfränkische Arbeitsmarkt erweist sich als stabil, mit rückläufiger Arbeitslosigkeit. Derzeit sind noch 22.441 Menschen in Unterfranken arbeitslos. Fachkräfte- und Nachwuchsmangel stellen ein Problem dar. Fast 40 Prozent der Realschüler besuchen nach ihrem Abschluss weiterführende Schulen. Ein Trend, der zu einem Mangel an Auszubildenden im Handwerk führt. Gleichzeitig werden die Anforderungen im Handwerk immer höher. Die Lücke zwischen Schulabschlüssen und Auszubildungsverhältnissen betrifft auch Pflegeberufe. Mit verlässlichen Arbeitszeiten und weniger Belastung könnte man hier entsprechend gegensteuern.



Schule ist mehr im Trend als Ausbildung.

SANIERUNG DER STAATSSTRASSE DRINGEND NOTWENDIG



Schon 2014 war ich bezüglich des Radwegs in Reichenberg.

Die Staatsstraße 511 von Reichenberg zum Reichenberger Ortsteil Uengershausen ist dringend sanierungsbedürftig. Nicht nur der stetig zunehmende Verkehr nagt am Asphalt der Verbindungsstraße. Kommen sich Omnibusse und LKWs dort entgegen, geht es nicht weiter, ohne dass einer aufs Bankett ausweicht. Entsprechend abgefahren und damit ein ständiger Gefahrenherd ist der Straßenrand. Ein Ausbau, so Bürgermeister Stefan Hemmerich, sei daher dringend nötig. Die langwierigen Diskussionen über besagte Straße müssten endlich in Ergebnisse münden, appellierte Hemmerich an den Freistaat Bayern als Baulastträger. Man müsse wegkommen von der bisherigen Flickschusterei und Nägel mit Köpfen machen, also die Straßenbreite anpassen und im Zug der Bauarbeiten gleich einen Radweg vorsehen. Handlungsbedarf sehe ich definitiv gegeben. Das Ziel für alle Beteiligten muss jetzt sein, konkrete Planungen voranzutreiben, um möglichst bald Nägel mit Köpfen zu machen.

MIT BÜRGERLICHEM STOLZ ZURÜCKFINDEN ZU DEMOKRATISCHEN GRUNDWERTEN



Zusammen mit (von links) Eva Maria Linsnbreder, Markus Rinderspacher und Christine Haupt-Kreuzer habe ich mir die Ausstellung der SPD-Landtagsfraktion zu 100 Jahre Freistaat angeschaut.

Leider scheiterte der Antrag der SPD-Landtagsfraktion, in diesem Jahr den 8. November zum gesetzlichen Feiertag zu machen an der Mehrheitspartei. Am 8. November 1918 wurde die Monarchie abgeschafft und Kurt Eisner proklamierte den republikanischen Freistaat Bayern. Es war ein langer Weg hin zur Demokratie, in der gleiche Rechte für alle gelten, ohne Privilegien durch Geburt.

Eine große Rolle dabei spielten Sozialdemokraten und mutige Bürger, die sich unter Einsatz ihres Lebens dafür einsetzen, dass, wie es Kurt Eisner formulierte, "jedes Menschenleben heilig ist". Markus Rinderspacher und ich erinnern beim Demokratiempfang der SPD-Fraktion in Rimpar unter anderem daran, welche Rolle Sozialdemokraten unerschrockene, engagierte Bürger –

wie etwa der Würzburger Bürgermeister Wilhelm-Joseph Behr, der nach dem Gaibacher Fest von 1832 in Haft genommen wurde - auf dem Weg dahin gespielt haben. An diese demokratische Tradition knüpften letztlich auch die Sozialdemokraten Kurt Eisner, Erhard Auer und Johannes Timm an, die 1918 die erste Demokratie auf bayerischem Boden ins Leben riefen.

Sich der demokratischen Grundwerte wieder zu besinnen, nicht in "wir da unten" und "die da oben" aufzuteilen, das in Bayern noch immer weit verbreitete monarchische Denken abzulegen und mit bürgerlichen Stolz selbstverständlich Staat und Gesellschaft mitzugestalten, zu diesem demokratischen Bewusstsein müssen wir in heutiger Zeit wieder zurückfinden.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT: FRAUEN DISKUTIERTEN MIT MIR UND SIMONE STROHMAYR FRAUEN- UND FAMILIENPOLITIK

100 Jahre Wahlrecht für Frauen und staatsrechtliche Gleichberechtigung, die sogar im Grundgesetz verankert ist: Darauf können die Streiterinnen und Streiter für Frauenrechte stolz sein und die Erfolge feiern. Trotzdem, das wurde bei meinen beiden Frauenempfangen mit der frauenpolitischen Sprecherin Dr. Simone Strohmayr in Würzburg und Marktbreit deutlich, gibt es noch viel zu tun. Gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich sind Frauen nach wie vor benachteiligt. Teilweise kann man sogar wieder Rückschritte in Sachen Gleichberechtigung beobachten.

Dass die Frauenquote in den Parlamenten derzeit eher sinke als steige, ist die SPDlerin überzeugt, werde diesen Trend weiter verstärken: „Wir brauchen mehr Frauen in den Parlamenten, um langfristig das Bewusstsein zu ändern“, forderte sie dazu auf, Frauen zu wählen,

aber auch selbst politisch aktiv zu werden.

Nur 25 Prozent aller Frauen um die 50 Jahre werde sich im Alter von der eigenen Rente finanzieren können, erläuterte Strohmayr. Auch die Tatsache, dass Frauen in Führungspositionen immer noch die Ausnahme sind und man trotz aller Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weit hinter anderen Nationen hinterherhinkt, wurde angesprochen.

Das Fazit: Auch 100 Jahre nachdem Marie Juchacz, die spätere Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, als erste Frau im Nationalrat unter anderem die staatsrechtliche und gesellschaftspolitische Gleichstellung der Frauen forderte, bleibt zumindest der zweite Teil ihrer Forderung nach wie hochaktuell – und bisher unerfüllt.



Zusammen mit (von links) der frauenpolitischen Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion Dr. Simone Strohmayr, Landtagskandidat Dr. Jürgen Kößler und der Bezirkstagskandidatin sowie Vorsitzenden der SPD Kitzingen, Astrid Glos, beim Frauenempfang in Marktbreit.

MOBILITÄT IM ZEICHEN DER DIGITALISIERUNG



„Mobilitätswende in Unterfranken 2030“ lautet der Titel einer Tagung der unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten in den Würzburger Greisingssälen. Experten und interessierte Bürger und Bürgerinnen setzen sich mit Chancen, Schwächen und Folgen der Mobilität auseinander. Bis 2030, formulierten wir das Ziel, wollen wir in Unterfranken die Mobilitätswende schaffen! Einen wichtigen Schritt, um das Pendeln und Reisen innerhalb der Region zu erleichtern, haben die Städte Schweinfurt und Würzburg sowie die mainfränkischen Kreise mit dem Start-

schuss für den Verkehrsverbund Mainfranken getan: Mit einer Fahrkarte, so das Ziel, soll man ab 1. August 2022 von Tauberrettersheim im südlichen Landkreis Würzburg bis zum Kreuzberg in der Rhön gelangen.

Gefragt, so ein Fazit, sind individuelle, auf die Situation vor Ort zugeschnittene Lösungen, ergänzt mit den Möglichkeiten der Digitalisierung, wie Apps, die dabei helfen, verschiedene Verkehrsmittel zu kombinieren. Dabei soll das eigene Auto, zugunsten öffentlicher Angebote (Bus, Bahn, Leih- und Sharing-Angebote) zurücktreten.

WAS BIENEN HILFT: FACHGESPRÄCH MIT RUTH MÜLLER UND DR. STEFAN BERG



Die Lage der Bienen ist ernst, aber wir alle haben es in der Hand, sie zu verbessern. So lautete das Fazit von Dr. Stefan Berg (von links), Ruth Müller und mir beim Fachgespräch in Sommerhausen.

"Toll, dass die SPD solch sensible Themen aufgreift", lobte ein Teilnehmer unser Fachgespräch mit Imkern aus ganz Unterfranken. Der Grund hierfür ist ganz einfach: Die Sorge um die Bienen und das zunehmende Artensterben treibt uns alle um. Vor zahlreichen Vertretern von Imker- sowie Obst- und Gartenbauvereinen berichtete beim Fachgespräch im Bürgerhaus Sommerhausen erst die bienenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ruth Müller, über den Sachstand und ihre Aktivitäten. Anschließend informierte Dr. Stefan Berg, Leiter des Fachzentrums Bienen der LWG Bayern, über seine Forschungen. Anschließend wurde lebhaft diskutiert.

Das Bienensterben betrifft letztlich uns alle, lautete das Fazit. Die Bienen sind nur ein Glied in einer langen Kette, an deren Ende auch der Mensch steht. Nicht umsonst habe die SPD-Landtagsfraktion daher in den letzten Jahren zahlreiche – meist von der Mehrheitsfraktion - abgelehnte Anträge eingebracht, wie etwa den, das Anwenden

von Glyphosat zu verbieten. Auch der allerdings wurde abgelehnt.

Dass das Thema dennoch langsam bei den Kollegen im Landtag ankommt, zeigt ein Erfolg der SPD: Den Dringlichkeitsantrag zur einschränkenden Anwendung von Neonicotinoiden (Spritz- und Beizmittel in der Landwirtschaft) verabschiedete am 31. Januar 2018 der Landwirtschaftsausschuss einstimmig. Damit könnten nicht nur die Honigbienen – und damit die Imker - aufatmen, sondern auch Wildbienen, Hummeln, Käfer, Ameisen, Schmetterlinge sowie insektenfressende Vögel.

Außerdem kann jeder Einzelne etwas tun. Statt ständig zu mähen, Blätter und Totholz wegzuräumen, reiche als einfaches Prinzip schon, so Müller, die Natur in Stadt und Land weniger aufgeräumt, weniger "zang'schleckt" zu akzeptieren. In den kommunalen Bauhöfen müsse zudem das Verständnis dafür wachsen, nicht genutzte Randstreifen wachsen und blühen zu lassen, statt mehrfach zu mähen.

REDE BEIM BÜTTELBRUNNER DONNERTAG

Gemeinsam mit der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Marietta Eder redete ich beim Waldbüttelbrunner Donnerstag Klartext, sprach von den Erfolgen in der Großen Koalition, aber auch von der guten Bilanz der Landtags-SPD - von Lehrmittelfreiheit bis hin zur Mittagsbetreuung. Und im Festjahr der Bayern, 2018, erinnerte ich auch an den ersten sozialdemokratischen bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm



Klar und direkt! Meine Rede beim Büttelbrunner Donnerstag der SPD Waldbüttelbrunn.

MIT INGE AURES ZUM ASCHERMITTWOCH IM MAINSTOCKHEIM



Zusammen mit Inge Aures beim politischen Aschermittwoch in Mainstockheim

Beim Politischen Schermittwoch in Mainstockheim freute ich mich, Inge Aures als „Politikerin von Korn und Schroth“ vorstellen zu können. Von mir als „Königin der fränkischen Sozialdemokratie“ geadelt, hielt die Landtagsvizepräsidentin eine von viel Applaus begleitete Rede. Zum Beispiel darüber, dass schon mehr als zwölf Prozent der bayerischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, eine Rentenreform dringend erforderlich ist, und Senioren es nicht verdient hätten, die Defizite im Pflegebereich ausbaden zu müssen. Daher stünde die SPD im Freistaat Bayern für bessere Bezahlung, mehr Personal und höhere Pflegestandards sowie mehr Respekt für das Pfl-

ERINNERUNG AN DEN WIDERSTAND GEGEN DAS ERMÄCHTIGUNGSGESETZ!

Über 700 Gäste waren bei der Feier der BayernSPD Landtagsfraktion zu "100 Jahre Freistaat Bayern". Zusammen mit der Vorsitzenden der Weiße Rose Stiftung e.V. Dr. Hildegard Kronawitter diskutierte ich über den mutigen Widerstand der SPD gegen das Ermächtigungsgesetz.

Am 29. April kam der bayerische Landtag in seiner letzten Sitzung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zusammen. Seit der "Machtergreifung" der Nazis in Bayern Anfang März herrschte ein Terrorregime mit Hilfe der SA, welche unter anderem den Landtag besetzt hielt. Als einzige Fraktion stimmte die SPD bei einer Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz mit Nein!

Der Mut der SPD-Abgeordneten muss uns heute Vorbild und Mahnung sein. Wir müssen uns Rassismus, Autoritarismus und Totalitarismus als Demokratinnen und Demokraten entschieden entgegen stellen. Die Stärkung und der Erhalt des demokratischen Miteinanders in unserer parlamentarischen Demokratie muss im Zentrum unserer Bemühungen stehen.



EHEMALIGE ABGEORDNETE ZU BESUCH IN MÜNCHEN



Zusammen mit Markus Rinderspacher und den ehemaligen Abgeordneten der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Gefreut habe ich mich, viele ehemalige Landtagsabgeordnete der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag getroffen zu haben - insbesondere die Gespräche mit Karin Radermacher, die von 1986 bis 2008 für den Stimmkreis Kitzingen im bayerischen Landtag Mitglied war, genoss ich sehr.



Im Gespräch mit den MdLs a.D. im Fraktionssitzungssaal.

SCHNELLE REAKTIVIERUNG DER MAINSCHLEIFENBAHN GEFORDERT



Bereits 2016 habe ich die Betreibergesellschaft der Mainschleifenbahn besucht - die Reaktivierung der Mainschleifenbahn muss vorankommen!

Es braucht eine schnelle Entscheidung zur Reaktivierung der Mainschleifenbahn. Die Mainschleifenbahn ist eine attraktive Möglichkeit, um den Landkreis Kitzingen und den nördlichen Landkreis Würzburg stärker in die Nahverkehrsstruktur der Region zu integrieren. Mit diesem Angebot könnte endlich ein durchgehender Bahnverkehr zwischen Volkach und Würzburg realisiert werden.

Gefordert sind die Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) und ihr Aufsichtsratsvorsitzender, der CSU-Staatssekretär Gerhard Eck. Bei einer der nächsten Aufsichtsratssitzungen muss endlich das Signal für die Mainschleifenbahn auf Grün gestellt werden. In einem Gutachten von Verkehrsforscher Prof.Dr. Schliephake wird ein Potenzial von 1.400 bis 1.600 Fahrgästen prognostiziert. Bei der BEG scheint man jedoch diese Zahlen für die Mainschleifenbahn anzuzweifeln und

geht von einer geringeren Zahl aus. Dieser Gutachter-Streit muss jetzt beendet und die Chancen für die Region müssen ergriffen werden. Die Voraussetzungen für eine schnelle Reaktivierung der Mainschleifenbahn sind durch gute Pflegearbeiten der Betriebsgesellschaft und des Fördervereins gegeben. Ein enger Schulterschluss zwischen Betriebsgesellschaft und den regionalen Verantwortlichen ist für eine Entscheidung zum Thema Mainschleifenbahn jetzt unerlässlich.

Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Feinstaubbelastung und dem zunehmenden Stadtverkehr, müssen durch den Ausbau von ÖPNV-Strukturen größere Beiträge zur Reduzierung des PKW-Einzelverkehrs geleistet werden.

MIT NATASCHA KOHNEN AN DER SPITZE IN DEN WAHLKAMPF

Natascha Kohnen führt die BayernSPD als Spitzenkandidatin in die Landtagswahl am 14. Oktober 2018. Mit 95 Prozent der Stimmen wurde sie von den Delegierten des außerordentlichen Parteitags in der Kleinen Olympiahalle gewählt. Ich habe als einer der unterfränkischen Delegierten aus voller Überzeugung Natascha gewählt. In ihrer Rede hat sie die richtigen Themen für Bayern in den Vordergrund gestellt. Wohnraum und steigende Mieten sind die zentrale soziale Herausforderung in den kommenden Jahren. Bei Wohnen und Bauen muss der Freistaat daher mehr Eigeninitiative zeigen mit einem eigenständigen Bauministerium, einer eigenen staatlichen Wohnungsbaugesellschaft sowie 25.000 neue Wohnungen in den kommenden fünf Jahren.

Dafür setze ich mich als neuer wohnungsbaupolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ganz besonders ein. Zudem setzen wir unsere Schwerpunkte auf gute Arbeitsbedingungen - auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst - , eine gelingende Integration mit klaren Regeln und fairem Angebot sowie kostenfreie Bildung und Kinderbetreuung. Natascha steht aber auch für einen neuen politischen Stil in Bayern. Respekt und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sind die Leitlinien ihrer politischen Arbeit. Politik darf nicht die Ängste in unserer Gesellschaft schüren und Menschen auseinandertreiben. Mit Natascha Kohnen als Spitzenkandidatin wird die BayernSPD dies auf dem Weg zum Wahltag beherzigen.



Unterfranken unterstützt Natascha Kohnen. Auf dem Landesparteitag der BayernSPD in München wurde sie mit 95% zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 14. Oktober gewählt.

BÜCHER AUS DEM LANDKREIS IN DER TSCHECHISCHEN HAUPTSTADT



Mit der Reisegruppe der LandkreisSPD vor dem Prager Literaturhaus.

Mit einer Reisegruppe der SPD Würzburg-Land war ich in Prag und habe unter anderem das dortige Literaturhaus besucht. Viele kennen sicher Franz Kafka, den bekanntesten deutschsprachigen Autor aus Prag. Aber auch Max Brod, Franz Werfel und sogar Rainer Maria Rilke haben ihre Wurzeln in Prag. Das Prager Literaturhaus leistet wichtige Arbeit zum Erhalt sowie zur Erinnerung an das Wirken der deutschen Schriftsteller in der Stadt. Besonders beeindruckt hat mich ein Dokumentarfilm über das Leben von Lenka Reineroová, der letzten Prager Schriftstellerin deutschsprachiger Zunge, die auch maßgeblich zur Schaffung des Literaturhauses beigetragen hat. Ebenfalls beeindruckend: Ungefähr 1.000 Bücher hat die Gebrunnerin Katharina Holzheuer für das Projekt gestiftet. Ein außerordentlich wertvoller Beitrag aus dem Landkreis! Ein weiteres Highlight war der Besuch der Prager Botschaft.

Auf dem berühmten Balkon steht eine Metalltafel, die an Genschers historischen Satz erinnert: „Wir sind heute zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute ihre Ausreise möglich geworden ist“. Zum Abschluss der Reise diskutierten wir in qualitativ hochwertig besetzter Runde mit Libor Rouček, dem ehem. Vizepräsidenten der Europäischen Parlaments, Petra Ernstberger, die nun den deutsch-tschechischen Zukunftsfond leitet, Thomas Oellermann, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag, Jörg Nürnberger von der SPD Hochfranken sowie Tilman Schmidt, den Präsidenten der deutsch-tschechischen Juristenvereinigung über die deutsch-tschechischen Beziehungen und die politische Lage in Tschechien. Vielen Dank an Anna Stvrtecky für die Idee und die Organisation dieser hochwertigen politischen und kulturellen Fahrt.

IN POLEN UNTERWEGS: PERSÖNLICHE BEGEGNUNGEN BLEIBEN WICHTIG

Wir müssen die Kontakte mit Polen intensivieren: Angesichts „der Erosion demokratischer Institutionen in Polen“ sind persönliche Beziehungen etwa durch Städte- und Schulpartnerschaften wichtiger denn je. Bei unserer vier-tägigen Delegationsreise nach Danzig und Warschau, an der auch mein Würzburger Kollege Georg Rosenthal teilnahm, haben alle Gesprächspartner an uns appelliert, Begegnungen zu suchen, die eine andere, als die von der polnischen Regierungspartei PIS geförderte nationalistische Sichtweise deutlich werden lassen. Vor allem intensive Gesprächskontakte und offene Diskussio-

nen sind notwendig, um einer gegenseitigen Abschottung entgegenzuwirken. Wir brauchen Wandel durch Annäherung. Bestehende Städtepartnerschaften müssten jetzt mit neuem Leben gefüllt werden. In Unterfranken haben unter anderem Gerbrunn, Arnstein, Kitzingen, Lohr, Marktheidenfeld, Schöllkrippen, Waldbüttelbrunn und Tiefenstockheim bereits eine polnische Partnergemeinde. Schulpartnerschaften mit Polen haben das Olympia-Morata-Gymnasium in Schweinfurt, die Albrecht-Dürer-Mittelschule in Haßfurt oder das Franz-Ludwig-von-Erthal-Gymnasium in Lohr.



Viele Begegnungen und Eindrücke nehmen die Reisegruppe der BayernSPD-Landtagsfraktion und ich aus Polen mit nach Hause.

ÄRZTLICHE VERSORGUNG BESSER UND EFFIZIENTER GESTALTEN



Astrid Glos und ich im Gespräch mit den Verantwortlichen im Missionsärztlichen Institut

Zu einem Hintergrundgespräch traf sich Astrid Glos als Kitzinger Integrationsbeauftragte, mit mir und Dr. August Stich vom Missionsärztlichen Institut, Christine Wegener Krankenschwester und medizinische Ansprechpartnerin in der GU Veitshöchheim, sowie Herrn Spiegel, ebenfalls vom Missio. Im Nachgang unseres Runden Tisches Integration in Kitzingen wollten wir über Möglichkeiten sprechen, die ärztliche Versorgung in der GU in Kitzingen zu verbessern. Beispielhaft könnte man dort, für die 400 im Innopark lebenden Menschen, eine Versorgung angelehnt an das Würzburger Modell installieren. Das würde nicht nur den Geflüchteten helfen, sondern auch die Ehrenamtlichen entlasten, ebenso wie die niedergelassenen Ärzte, die städtischen Mitarbeiter und die Sozialkassen. Das Missio, so Stich, würde Initiatoren beim Aufbau einer eigenen Struktur

gerne unterstützen. Selbst übernehmen kann und will es die Stelle allerdings nicht. Ideal wäre, so Stich, die Kitzinger Infrastrukturen (Krankenhaus, Wohlfahrtsverbände etc.) zu nutzen.

Die Grundzüge des „Würzburger Modells“ sehen folgendermaßen aus. Täglich ist eine Krankenschwester vor Ort; sie ist Ansprechpartnerin für die Menschen vor Ort und kümmert sich um die Verteilung in Richtung der Fachärzte. Auf diese Weise ist das Modell angedockt an die Ärzte bzw. das Krankenhaus vor Ort. In Würzburg werden über Zeitverträge auch Vertragsärzte eingesetzt. Die Grundlage des Würzburger Modells ist ein Vertrag zwischen dem Missio als Träger des Angebotes und Regierung von Unterfranken. Das Modell deckt sich beinahe selbst, etwa zehn Prozent schießt das missionsärztliche Institut zu.

DIE BESTE KANDIDATIN HAT GEWONNEN



Die neue fränkische Weinkönigin heißt Klara Zehnder aus Randersacker. Ich war an der Wahl der 22-jährigen Romanistik-Studentin beteiligt, die sich – zu recht, wie ich finde – gegen die fünf weiteren zugebenen ebenfalls starken Bewerberinnen durchgesetzt hat. Das Ergebnis der Wahl freut mich auf für die Marktgemeinde Randersacker. Jetzt einmal positiv im Mittelpunkt zu stehen, nach nicht immer ganz einfachen Zeiten, ist eine wohltuende Freude für die eben zudem erst als Genusssort ausgezeichnete Kommune.



Zusammen mit unserer neuen Weinkönigin Klara Zehnder. Vielen Dank an Rudi Merkl für das Bereitstellen des Bildes.

EHRENZEICHEN DES MINISTERPRÄSIDENTEN FÜR INGRID SCHINAGL



Ordensaushändigung an Ingrid Schinagl mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer; Foto: Johannes Hardenacke

Ganz herzlich gratuliere ich meiner Genossin Ingrid Schinagl zur Auszeichnung mit dem Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten für Verdienste von im Ehrenamt tätigen Frauen und Männern. Die Ehrung überreichte ihr Regierungspräsident Paul Beinhofer (Mitte). Ingrid Schinagl engagiert sich unter dem Dach der Arbeiterwohlfahrt seit 30 Jahren für eine qualitätsvolle Betreuung von Kindern und Jugendlichen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 1996 bis 2008 war die Genossin Mitglied des Gemeinderats Veitshöchheim sowie von 1996 bis 2014 im Kreistag. Auch im Zweckverband der Sing- und Musikschule Veitshöchheim war sie aktiv.

WARUM MONIKA CONRAD OBERBAYERN NICHT MAG



Zusammen mit Markus Rinderspacher überreiche ich den Anerkennungspreis der SPD-Landtagsfraktion an (von links) Monika Conrad, Rosemarie Hofmann, Bürgermeisterin Gerlinde Stier und Oskar Friedl

Köstlich amüsiert habe ich mich über die kleine Geschichte, die Monika Conrad beim Ortstermin mit Markus Rinderspacher und mir im Konstitutionssaal in Schloss Gaibach erzählte. Auf die Oberbayern sei sie nicht gut zu sprechen, berichtete sie. Zu lebendig sei die Erinnerung an ein Fest 2007 an der Gaibacher Konstitutionssäule. „Da kamen die Oberbayern in sechs Bussen mit Bier und Alphornbläsern und haben sich selbst gefeiert“, erinnerte sich Conrad. Diese irgendwie frustrierende Erfahrung war der Auslöser für die geschichtsinteressierte Frau und ihre Mitstreiter, den Initiativkreis Kultur, Geschichte und Archäologie zu gründen und selbstbewusst die Erinnerungen an die eigene Historie des Kitzinger Landes zu wecken und zu stärken. Anlässlich 200 Jahre Bayerische Verfassung von 1818 organisiert der Initiativkreis in diesem Jahr zahlreiche

Veranstaltungen und Exkursionen zur Demokratiegeschichte in der Region rund um die Gaibacher Konstitutionssäule und den Konstitutionssaal, sowie die Sonderausstellung „Als Franken zu Bayern kam“ in der Volkacher Barockscheune. An den beiden geschichtsträchtigen Orten riefen wir zwei SPD-Politiker in Erinnerung, welche Rolle Sozialdemokraten unerschrockene, engagierte Bürger – wie etwa der Würzburger Bürgermeister Wilhelm-Joseph Behr, der nach dem Gaibacher Fest von 1832 in Haft genommen wurde - auf dem Weg zur Demokratie gespielt haben.

Um das Engagement der Mitglieder des rührigen Initiativkreises zu würdigen verliehen wir ihnen den Anerkennungspreis für Demokratiegeschichte und politische Bildung der SPD-Landtagsfraktion.

SEHR GUTE RESONANZ FÜR MEINE SAMMELAKTION VON ALTEN HANDYS

Im Rahmen der HandyAktion Bayern haben mittlerweile zahlreiche Bürgerinnen und Bürger ihre ausgedienten Mobiltelefone zur Sammelbox vor unserem Bürgerbüro gebracht. Die vielen Handys, die abgegeben wurden, zeigen, dass die Wiederverwertung knapper Rohstoffe für viele Menschen ein wichtiges Anliegen ist, was sich auch in persönlichen Gesprächen zeigte.

Nach wie vor können Althandys samt Ladegerät und Zusatzmaterial im Bürgerbüro in der Semmelstraße 46 (Rückgebäude) abgegeben werden. Alle gesammelten Handys werden fachgerecht recycelt oder, wenn sie noch verwendbar sind, nach einer professionellen Datenlöschung weiterverwendet. Um in Sachen Datenschutz

auf Nummer sicher zu gehen, sollten Spender vor dem Einwerfen des Handys möglichst alle persönlichen Daten löschen und die SIM-Karte sowie andere Speicherkarten entfernen. Ich freue mich sehr, dass die Aktion einen so großen Anklang gefunden hat und wir damit einen kleinen Beitrag leisten können, um Rohstoffe wiederzuverwenden und so den illegalen Export von Elektroschrott zu verhindern. Der Erlös aus der vom Bürgerbüro durchgeführten Recycling-Aktion kommt Bildungsprojekten über Mission EineWelt sowie dem EineWelt Netzwerk Bayern zugute.

Weitere Informationen zur Aktion:

www.handyaktion-bayern.de



Ich freue mich über die zahlreiche Teilnahme bei der Sammelaktion von alten Handys. Handys können gerne weiterhin in der vorgesehenen Box vor meinem Bürgerbüro in der Semmelstraße 54R abgegeben werden.

MEIN AUFREGER

Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware im Freistaat. Um den vielen, von der akuten Wohnungsnot betroffenen Bürgern zu helfen, hat die SPD-Landtagsfraktion einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich kann nicht verstehen, dass die Mehrheitsfraktion unser Ansinnen rundweg abgelehnt hat. Damit bleibt die Bindungsfrist für geförderten sozialen Wohnraum verkürzt, Wohnungen fallen weiterhin schon nach sieben Jahren aus der Preisbindung.

Ebenso bleibt damit auch Studenten der Zugang zu gefördertem Wohnraum verwehrt. Von uns für dringend notwendig erachtete, ergänzende Zuschüsse für das Wohnförderprogramm, gibt es ebenfalls nicht. Alle unsere Überlegungen für eine bessere Wohnraumförderung hat die CSU einfach vom Tisch gewischt.

Ja, die beschlossene Anhebung der Einkommensgrenzen hilft zumindest manchen. Aber: Sie schafft keine einzige neue Wohnung. Statt wie in den 1990er Jahren Landesmittel in Höhe von 350 Millionen Euro jährlich hierfür einzusetzen, fließen derzeit 87 Millionen Euro fürs gleiche Thema. Dass die Regierungspartei angesichts dessen auch noch behauptet, man sei „gut unterwegs“ ist schlichtweg skandalös.

TERMINE

VORANKÜNDIGUNG: 11.05.2018, 19:00 Uhr, Veitshöchheim

KohnenPLUS mit Bernhard Schlereth

In einem Hintergrundgespräch spricht BayernSPD-Vorsitzende Natascha Kohnen mit dem Präsidenten des fränkischen Fastnachtverbands Bernhard Schlereth über Fastnacht, Heimat und Jugendarbeit. (näheres: www.volkmar-halbleib.de)

MEIN BÜRGERBÜRO

Mein Bürgerbüro befindet sich im Hannsheinz-Bauer-Haus. Der Eingang ist im Hinterhof.

Die Postanschrift lautet:

SPD-Bürgerbüro Würzburg
Semmelstraße 46R
97070 Würzburg

Das Büro ist von Mo.-Fr. von 10 bis 16 Uhr besetzt.

Telefon: 0931-59384

Fax: 0931-53030

E-Mail: volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de

HALBLEIB ONLINE

Mehr Informationen finden Sie auf:
www.volkmar-halbleib.de

Folgen Sie mir auf meinen
social media-Kanälen:



@HalbleibVolkmar



volkmar.halbleib

IMPRESSUM

Text und Redaktion: Traudl Baumeister
Layout: Thorsten Reppert